A10 Nachhaltige Kreisfinanzen und Kreiswirtschaft

Antragsteller*in: Ellen Enslin

Trotz hoher Einnahmen muss der Hochtaunuskreis voraussichtlich Ende 2017 eine Schuldenlast von über 796 Mio. Euro abbauen.

Es braucht eine ehrliche Bestandsaufnahme, denn ein „Weiter so“ istfahrlässig. Die Haushaltsgenehmigung des Regierungspräsidiums (RP) Darmstadt spricht dazu eine klare Sprache.

Das Haushaltssicherungskonzept muss konsequent umgesetzt werden. Damit die Haushaltskonsolidierung langfristig gelingt, muss ein Pfad für den Schuldenabbau aufgezeigt werden.

Die Diskussion um die überhastete Entscheidung für den Kauf des Landratsamtes für 52 Millionen Euro in Verbindung mit den noch nicht ermittelten Sanierungskosten zeigen, dass der Hochtaunuskreis bei diesem wichtigen Thema konzeptlos ist.

Kreiswirtschaft

Der Hochtaunuskreis ist an einer Vielzahl von Unternehmen und Organisationen beteiligt.

Der vorgeschriebene Beteiligungsbericht wird im Hochtaunuskreis weder zeitnah vorgestellt, noch ist er eine gute Informationsquelle für das Kreisparlament und die Öffentlichkeit. Bis heute ist kaum ersichtlich, was mit den einzelnen Beteiligungen konkret inhaltlich wie finanziell erreicht werden soll. Außerdem fehlen wichtige Kennzahlen und Informationen über Risiken. Andere Landkreise sind hier offener und steuern zielgerichteter. In den Fachausschüssen muss über die wesentlichen Eigenbetriebe und wirtschaftlichen Beteiligungen und deren Ziele und Strategien ausführlich diskutiert werden. Dazu muss der Beteiligungsbericht endlich zeitnah mit finanziellen Kennzahlen und Risiken vorliegen. Das ist zurzeit nicht der Fall.

Der Hochtaunuskreis als guter Partner seiner Kommunen

Ein starker Landkreis braucht starke Kommunen und eine gerechte Lastenverteilung. Die Kommunen im Hochtaunuskreis zahlen eine der höchsten Kreisumlagen im Rhein-Main-Gebiet. Da braucht es eine Entlastung wie in anderen Landkreisen schon gang und gäbe.

Die heftige Diskussion um das Frankfurter Baugebiet westlich entlang der A5 zeigt, wie wichtig es ist, dass die Hochtaunuskommunen Oberursel und Steinbach auf Augenhöhe in den Prozess einbezogen werden. Zumal zu befürchten ist, dass die Verkehrserschließung über die Taunuskommunen erfolgt und diese mit zusätzlichem Durchgangsverkehr belastet werden. Als Landrätin werde ich die Kommunen im Regionalverband entschlossen unterstützen.

Ich verstehe die Aufgabe eines Kreises dahingehend, koordinierend, gemeindeübergreifend und auch vorausschauend die Kommunen zu unterstützen. Diese Aufgabenbeschreibung behalte ich immer im Blick.